

Militarismus ist unfeministisch

Feministische Außenpolitik kümmert sich um die Sicherheit der Menschen, nicht der Staaten. Militarismus, Männlichkeitsnormen und Krieg gehen Hand in Hand

Von **Hanna L. Mühlenhoff**

Nach anfänglichen Bedenken spricht sich Bundeskanzler Olaf Scholz nun doch für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus. Bei einer 1.-Mai-Kundgebung in Düsseldorf bezeichnet er einen Pazifismus, der sich gegen Waffenlieferungen stellt, als „aus der Zeit gefallen“. Obschon er dafür auf der Kundgebung teils ausgepfiffen wird, beugt er sich damit auch dem vorherrschenden politischen und öffentlichen Diskurs. Wer ernsthaft gegen Waffenlieferungen ist, mache sich mit schuldig an Putins Töten, sei gar antifeministisch. Die Unterzeichner*innen des offenen Briefes der feministischen Zeitschrift *Emma*, die Kanzler Scholz auffordern, keine schweren Waffen an die Ukraine zu liefern, werden als feige Sofa-Pazifist*innen bezeichnet, die nichts gegen die Gewalt gegen Frauen in der Ukraine täten. Doch es ist mehr als geboten, den rasanten Kurswechsel der Grünen und der Sozialdemokrat*innen kritisch und offen zu diskutieren. Vor dem Krieg in der Ukraine galt, dass die Bundesrepublik keine Waffen in Konfliktgebiete liefert. Erfordert die neue Situation eine Veränderung dieses Grundsatzes? Die feministische Forschung zu Sicherheit und Krieg und die Erkenntnisse feministischer Friedensbewegungen bieten hier zentrale Einsichten. Sie stellen die Sicherheit von Frauen in den Mittelpunkt und können genau damit eine kritische Haltung gegenüber der Lieferung schwerer Waffen begründen.

Eine feministische Außenpolitik und ein Bekenntnis zur Umsetzung der Agenda der Vereinten Nationen zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sind zum ersten Mal im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Andere Länder wie Schweden und Kanada praktizieren eine feministische Außenpolitik schon länger. Was eine Außenpolitik feministisch macht, ist dabei nicht immer klar. Vor allem vermeiden die meisten Regierungen zu klären, welche Rolle das Militärische in ihrer feministischen Außenpolitik spielen sollte.

Abgeleitet von einer feministischen Theorie der Internationalen Beziehungen ist eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik in einer Fürsorgeethik („ethics of care“) begründet, die die Sicherheit von Menschen in den Mittelpunkt stellt, nicht die Sicherheit von Staaten. Das bedeutet, dass es nicht nur um die einfache Abwesenheit von Gewalt geht, sondern um das Bekämpfen struktureller Gewalt, also jeglicher Formen der Diskriminierung vor allem von Frauen und anderer marginalisierter Gruppen. Sicherheitspolitik muss sich demnach auch um wirtschaftliche oder gesundheitliche Sicherheit kümmern. Feministische Forschung zeigt, dass Militarismus diesen Zielen im Weg steht. Militarismus bezieht sich hier auf alle Strukturen und Institutionen, die die Anwendung organisierter politischer Gewalt vorbereiten oder ausüben.

Erstens geht Militarismus fast immer mit Nationalismus und Rassismus einher. Es ist kein Zufall, dass die Bundeswehr – wie andere Armeen – ein Problem mit Rassismus hat, wie es der letzte Bericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bun-

destags wieder deutlich zeigt. Armeen sind eng mit der Idee des Nationalstaats verknüpft, dessen Territorium und Souveränität sie verteidigen sollen. Nirgends sieht man dies deutlicher als momentan in der Ukraine.

Zweitens: Militärs und ihre Strukturen sind von hierarchischer Männlichkeit geprägt und halten patriarchale Strukturen in der internationalen Politik und in unseren Gesellschaften aufrecht. Ein patriarchales System belohnt eine aggressive Form von Männlichkeit und macht Frauen und Minderheiten auf diese Weise noch unsicherer. Wie wir Männlichkeit im Privaten verstehen, ist auch entscheidend für die männlichen Normen, die in der internationalen Politik als legitim gel-

ten und wertgeschätzt werden. Feministische Wissenschaft zeigt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen alltäglicher Gewalt gegen Frauen in einem Land und der Aggressivität von Staaten.

Die Wissenschaftlerin Cynthia Cockburn hat schon vor mehr als zehn Jahren beschrieben, wie Frauen in Friedensbewegungen weltweit diese Zusammenhänge zwischen Militarismus, Männlichkeitsnormen und Krieg aufzeigen und erleben. Vereinfacht gesagt, haben patriarchale und militarisierte Normen in unseren Gesellschaften und der internationalen Politik auch ihren Teil zu diesem Krieg beigetragen.

Es ist berechtigt zu fragen, wie eine antimilitaristische Position in dem Kontext eines Angriffskriegs auf einen Staat und angesichts des Leids

in der Ukraine beizubehalten ist und was diese bedeuten kann. Zunächst untersucht eine feministische Perspektive, wessen Sicherheit die Lieferung schwerer Waffen eigentlich schützen soll. Die meisten öffentlichen Befürworter*innen der Waffenlieferungen vermischen die Sicherheit der Ukraine als Staat (oder sogar der Europas und des Westens) mit der der Menschen in der Ukraine. Doch diese sind nicht gleichzusetzen. Geht es um die Aufrechterhaltung der nationalen Integrität der Ukraine oder um die Sicherheit der Menschen in der Ukraine? Auch wenn die Ukraine als Staat natürlich das Recht hat, ihre nationale Integrität zu verteidigen, ist dies kein Anliegen einer feministischen Position, die sich aus der feministischen Theorie der Internationalen Beziehungen ableitet.

Feministische Wissenschaftler*innen wie V. Spike Peterson haben schon in den 90er Jahren herausgearbeitet, dass der Nationalstaat „gegendert“ ist und mit patriarchalen Strukturen und Gewalt einhergeht. Eine feministische Perspektive

Es ergibt nur „Sinn“, schwere Waffen zu liefern, wenn es Aussicht auf einen klaren Sieg gibt

konzentriert sich auf die Sicherheit von Menschen und vor allem die von Frauen und schwachen Teilen einer Bevölkerung. Werden die Waffenlieferungen diese also schützen? Diese hypothetische Frage ist natürlich schwierig zu beantworten. Auf

und schnellen Sieg der Ukraine gibt. Doch leider ist es wahrscheinlicher, dass der Krieg lange andauern, zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen führen oder doch zu einem Atomkrieg eskalieren wird. Die Waffenlieferungen machen diese drei Szenarien noch realistischer. Diese wiederum werden noch mehr Tote, mehr Trauma – auch für Männer – und noch mehr Gewalt an Frauen bedeuten. Zum Beispiel weist auch der Norwegian Refugee Council, der vor Ort ist, darauf hin, dass Waffenlieferungen den Krieg verlängern und die Situation verschlimmern werden. Studien zeigen, dass Gewalt an Frauen sowohl während als auch nach Konflikten ansteigt. Es sind nicht nur die „Feinde“, die Frauen unsicher machen, sondern auch die Männer und Söhne, die traumatisiert und militarisiert zurückkehren. Dies hatte sich auch schon nach 2014 in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten in der Ostukraine gezeigt.

Deutschland muss sich also fragen, was es eigentlich mit der Lieferung schwerer Waffen erreichen will. Was in den Aussagen von Scholz, Baerbock und Habeck mitschwingt, ist, dass es um die Verteidigung des ukrainischen Staats geht. Die Regierung hofft, dass die Ukraine entweder den Krieg gewinnt oder eine bessere Verhandlungsposition durch ihre militärische Stärke erzielt. Zum Beispiel äußerte sich Außenministerin Annalena Baerbock so: „Ein Ende dieses Krieges wird es nur geben, wenn die Ukraine es erzwungen und erkämpft.“ Wie bereits erwähnt, ist dies aus mehreren Gründen nicht realistisch. Auch wenn sich Deutschland und andere Staaten nicht von Russland erpressen lassen wollen, müssen sie die atomare Bedrohung ernst nehmen, um die Sicherheit von Menschen zu schützen. Außerdem könnte auch gerade jetzt ein guter Zeitpunkt sein, auf Verhandlungen und einen Waffenstillstand zu drängen – da die Ukraine auch im Osten den russischen Angriff zum Stocken gebracht hat.

Wenn Deutschland schwere Waffen liefert, wird es auch immer mehr zur Kriegspartei. Dadurch wird es schwieriger für die Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu drängen, was aber am wichtigsten wäre, um Menschenleben zu schützen und die Situation von Frauen zu verbessern. Dies bedeutet nicht, dass die Ukraine sich ergeben soll, sondern dass Deutschland weiter und stärker humanitär und diplomatisch die Menschen in der Ukraine unterstützen kann. Im Sinne einer feministischen Außenpolitik wäre es dabei zentral, sich mit verschiedenen Teilen der Zivilgesellschaft in der Ukraine (und Russland) – vor allem mit Friedensaktivist*innen und Frauenorganisationen – auszutauschen und darauf zu drängen, dass sie am Friedensprozess beteiligt werden. Bis heute waren Frauen nur in 13 Prozent von Friedensverhandlungen weltweit involviert. Auch beim Minsker Abkommen saßen sie kaum am Verhandlungstisch, obwohl klar ist, dass Frauen spezifische Erfahrungen von Gewalt machen und eine ausgeglichene Repräsentation der Gesellschaft für einen nachhaltigen Frieden wichtig ist.

In dieser Situation gibt es keine einfachen Lösungen. Eine Perspektive, die sich aus einer feministischen Theorie der Internationalen Beziehungen ableitet, macht aber deutlich, dass die Sicherheit von Menschen, nicht die Sicherheit von Staaten, zentral für unsere Überlegungen sein sollte. Die neue feministische Außenpolitik der Bundesregierung sollte ihr Handeln in diesem Krieg nach diesem Maßstab ausrichten und überprüfen, ob die Lieferung schwerer Waffen dieses Ziel wirklich verfolgt.

Hanna L. Mühlenhoff lehrt an der Uni Amsterdam und forscht zur EU-Sicherheitspolitik, zur UN-Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowie feministischer Außenpolitik.



Foto: Merve Nazary



Illustration: Katja Gendikova

Schrill

terie ist, wie ihr Name schon sagt, als Frauenkrankheit beschrieben worden. Es war eine Errungenschaft gesellschaftlicher Emanzipationsbewegungen, dass nun auch Männer als hysterisch diagnostiziert werden konnten. Der sowjetische Staatsapparat machte sich das zunutze, um den politischen Widerstand von Dissidenten zu diskreditieren. Man sperrte sie als „Hysteriker“ kurzerhand in die Psychiatrie.

Heute machen sich auch privilegierte Frauen in der Regionalbahn die patriarchale Taktik der Hysterisierung zunutze, um ihr Verhalten gegen Kritik zu immunisieren, stelle ich, nun end-

lich sitzend, bei mir fest. Und da muss ich auch gleich an Olaf Scholz, Jürgen Habermas und diverse Edelfedern denken. Sie alle benutzen dieser Tage gern das Wort „schrill“, um all jene als nicht ganz zurechnungsfähig zu markieren, die argumentieren, dass man die Ukrainer aus politischen und ethischen Gründen mit schweren Waffen versorgen sollte. Dass Habermas, der Theoretiker der demokratischen Öffentlichkeit, sich nun des billigen Hysterisierungstricks bedient, ist traurig.

In der *Süddeutschen Zeitung*, in der er sich jetzt über „schrille“ Meinungsäußerungen mokiert, las man zwölf

Unzurechnungsfähig

Tage vor Kriegsbeginn die Überschrift: „Warum warnen die USA so panisch vor Krieg? Schrille Botschaften Richtung Moskau.“ Heute wissen wir alle, dass die Frage falsch gestellt war. Die Regierung Biden war weder „panisch“ noch „schrill“, sie liest genauso wenig an Hysterie wie die laut *Süddeutscher* „in Sachen Hysterie nicht gerade zurückhaltende britische Regierung“. Amerikaner und Briten warnen vor etwas, das inzwischen exakt so eingetreten ist.

Wer andere als hysterisch hinstellt, verleiht sich selbst unhinterfragbare Autorität: Ich bin rational, der andere spinnt. Niemand kommt auf die Idee,

die Coronapolitik der chinesischen Regierung als schrill zu beschreiben. Obwohl wir alle inzwischen wissen könnten, dass in diesem Stadium der Pandemie exzessive Lockdowns mehr schaden als nutzen, riegelte das chinesische Regime auch in dieser Woche wieder ganze Städte ab. Es will zeigen, dass die Partei Herrin der Lage ist, auch wenn sie durch ihr autoritäres Verhalten gerade das Gegenteil beweist. Haben deutsche Leitartikel der chinesischen Regierung deswegen vorgeworfen, hysterisch zu reagieren? Nein. Und warum nicht? Weil es lächerlich wäre. Die chinesische Regierung lässt sich

nicht maßregeln. Dabei wäre es gar nicht so schlecht, wenn die Chinesen hysterisch wären.

Denn der Hysteriker ist ein tendenziell subversiver Charakter, sagt Slavoj Žižek. „Die grundlegende Komponente von Subjektivität ist hysterisch: ‚Ich weiß nicht, was ich für den anderen bin.‘ Hysterie, oder die Neurose generell, ist immer eine Position des Hinterfragens.“ Falls Sie also demnächst als schrill bezeichnet werden sollten – keine Panik! Sie haben vermutlich die richtige Frage gestellt.

Nächste Woche Silke Mertins

